



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

herabhing, und an den Scheiben der Fenster war er hoch hinangeweht und hatte sie blind gemacht. Und alles hüllte er in Schweigen.

Gedämpft klang selbst das Klingeln der auf lautlosen Rufen herangleitenden Schlitten. Die Fuhrleute, die vor dem Hause halten, schütteln sich die weißen Flocken von den Röcken, nachdem sie den dampfenden Pferden die starre gefrorenen Decken übergeworfen haben, ehe sie die Treppe hinansteigen, um sich für ein Weilchen in die warme Gaststube zu setzen. Sie öffnen leise die Hausthür, nachdem sie sich den Schnee von den Schuhen gestoßen haben, und treten leise ein. Auch drinnen im Hause ist jeder Laut gedämpft, das Gefinde geht leise und flüsternd ab und zu, und Sorge liegt auf allen Gesichtern. Denn droben in der Stube liegt ein schwerkranker Mann.

Es hat ihn endlich niedergeworfen, und er liegt im Fieber. Es will nicht besser werden mit ihm. Er weiß nichts von sich und murmelt unverständliche Worte in qualvoller Unruhe. Der Doktor ist heraufgekommen im Schlitten und hat bedenklich den Kopf geschüttelt. Es sei ein Nervenfieber; die Ursache könne er nicht finden. Wo der kräftige Mann das erwischt haben möge? Aber man müsse hoffen, er werde es schon überwinden, so ein Kerl wie der Kaver!

Aber die Kräfte des Kranken nehmen rasch ab. Die Wirtin sitzt an seinem Bett und kühlt ihm die heiße Stirn. Matt leuchtet die verdeckte Lampe vom Tisch. Will sie denn gar nicht enden, diese angstvolle Winternacht? Heiße Thränen rollen ihr von den Augen, wie sie bang diese leblose und doch so unruhige Gestalt beobachtet, die sich rastlos auf dem Lager bewegt und sich doch kaum zu bewegen vermag.

Das Ticken der Uhr klingt der Broni hart und peinigend in die Ohren; dazu hört sie durch die Stille das dumpfe Tosen des Wassers, das aus der Schlucht zu ihr hereindringt. Rastlos stürzt es hinab, rastlos wie sich die Hände des Kranken auf der Decke bewegen. Ach käme doch endlich der Tag und verlöschte dies ihren müden Augen wehthuende Licht der Lampe und die quälenden Töne, denen sie nicht enttrinnen kann.

Was ist dir, Kaver? Komm, sei stat, mein armer Bu!

Er hat sich aufrecht gesetzt und fährt mit den Händen in der Luft herum.

Laß aus, sag ich, röchelt seine Stimme; mich ziehst du nicht hinab! Laß aus — der Boden giebt nach — Jesus!

Er sinkt aufs Kissen zurück und ist tot.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Nur immer den geraden Weg! Sehr oft schon, und wiederum kurz vor der Eröffnung des Reichstags, ist die Forderung erhoben worden, daß die sozialdemokratische Partei nicht länger auf dem Fuße der Gleichberechtigung mit den andern Parteien behandelt werden solle. Die Forderung ist nicht allein berechtigt, sondern sogar notwendig, denn welcher Widerfynn liegt doch darin, daß einer Partei

die Mitwirkung an der Gesetzgebung eben des Staates zugestanden wird, den sie umstürzen will! Zwar sagen die Bebel und Liebknecht, sie wollten keinen gewaltsamen Umsturz, aber das sagen sie doch nur, weil sie dazu nicht die Macht haben, und weil kein vernünftiger Mensch das Unmögliche will. Trotz solcher Versicherungen aber fahren sie fort, in ihren Versammlungen die internationale und revolutionäre Sozialdemokratie hoch leben zu lassen. Leute, die solche Reden im Munde führen, zu Gesetzgebern des umzustürzenden Staates zu machen, das heißt doch allermindestens den politischen Anstand verletzen. Dieser Zustand fordert Abhilfe, aber nicht durch ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie, das unter den obwaltenden Umständen ein Ausnahmegesetz gegen die Lohnarbeiter sein würde, auch nicht durch ein Umsturzgesetz, das allen Reichsbürgern die freie Meinungsäußerung verschränkt, noch weniger durch gehässige Maßregeln, die den Arbeitern die ihnen gesetzlich zustehenden Rechte auf dem Wege der Verwaltung und Rechtspflege nehmen, oder durch gesellschaftliche Zurücksetzung im Reichstage, sondern durch ein bloß für diesen Zweck zu erlassendes Notgesetz. Dieses müßte bestimmen, daß der Präsident des Reichstags jeden Gewählten, der einer für revolutionär geltenden Partei angehört, beim Eintritt in den Reichstag zu einer feierlichen Erklärung aufzufordern habe, wodurch er allen auf den gewaltsamen Umsturz des Staates und des Reiches gerichteten Bestrebungen entsagt; weigerte er sich, diese Erklärung abzugeben, so ginge er seines Mandats verlustig. Die dumme Redensart von der internationalen und revolutionären Sozialdemokratie könnte dann von den Führern der Arbeiterpartei nicht mehr öffentlich gebraucht werden. Der Verzicht auf diesen durchs Parteierkommen geheiligten Redeschmuck würde ihnen nicht schwer fallen; muß ihnen doch jedesmal übel dabei werden, da sie recht gut wissen, daß die Sozialdemokratie in allen andern Staaten noch weit machtloser ist als im deutschen Reiche, daß also eine enge Verbindung mit den ausländischen Genossen zu gemeinsamem Handeln die deutsche Arbeiterpartei nicht stärken könnte, sondern nur ein hindernder Ballast für sie wäre. Durch die Ausmerzung solcher thörichten revolutionären Redensarten aus dem Parteilexikon würde der verletzte politische Anstand wieder hergestellt sein.

Noch eine zweite Anstandsverletzung wird dem Reichstage vorgeworfen: daß man Singer zum Vorsitzenden der Geschäftsordnungscommission gewählt hat. Nach den Ereignissen des Sommers und Herbstes ist das allerdings stark; für ihre hubenhaftige Verhöhnung unsrer patriotischen Erinnerungen mußte der Reichstag die Herren wenigstens durch Ausschluß von allen Ehrenstellen strafen, wenn es auch unpraktisch gewesen wäre, sie von den Kommissionen auszuschließen. Daß die Gemeinheit, deren sich die Leute in ihrem Fanatismus schuldig gemacht haben, zugleich eine ungeheure Dummheit war, haben wir in Nr. 37 ausgeführt. Wenn eine Partei nur ein Fünftel der Wähler umfaßt, während sich die übrigen vier Fünftel im Besitz aller Machtmittel befinden, wenn Wachstum für sie eine Lebensfrage ist, und wenn sie nun die vier Fünftel, unter denen moralische Eroberungen zu machen ihr eifrigstes Streben sein müßte, in einem Augenblick höchster patriotischer Erregung ins Gesicht schlägt, so ist das die erstaunlichste Dummheit, die man sich denken kann. Noch erstaunlicher aber ist es, daß die Regierung diese Dummheit nicht benutzt hat, und vor diesem Fehler verschwinden alle Fehler, die der Reichstag in der Behandlung der Sozialdemokratie begangen haben mag. Gleichzeitig mit der Kaiserrede mußte die Auflösung des Reichstags im Lande bekannt gemacht und die Wahl auf den frühesten Termin anberaumt werden, der gesetzlich zulässig war. Das würde den Sozialdemokraten ein paar Duzend Mandate gekostet haben. Die

innern Schwierigkeiten, von denen die Sozialdemokratie nicht Ursache, sondern ebenso wie die agrarische und die Handwerkerbewegung nur Wirkung und Symptom ist, würden dadurch weder gehoben noch vermindert worden sein, aber die Herren vom Vorwärts würden die richtige Antwort auf ihre Unverschämtheiten und die verdiente Züchtigung empfangen haben. So aber hat es nur geblitz, ohne einzuschlagen. Enttäuschung ist so wenig wie Begeisterung eine Pökelware, und bei der nächsten Wahl ist die Sedanenttäuschung längst verwaschen und vergessen. Ja noch schlimmer! Die Art Einschlagkraft, die man dem kaiserlichen Blitze nachträglich zu verleihen sucht, macht weite, gar nicht sozialistische Volkskreise zu widerwilligen Verbündeten der Sozialdemokraten, sodaß schon jetzt die Enttäuschung über diese von der Enttäuschung über die Regierung überwogen wird. Straffe Handhabung der Gesetze nennt's der Herr Justizminister, das Volk nennt's anders, ungefähr so wie der Abgeordnete Hausmann. Weiß doch jedermann, daß diese „straffere Handhabung“ nichts neues ist; die Katholiken haben sie empfunden, die Freisinnigen haben sie empfunden, einzelne angesehenen Männer haben sie empfunden, die gar keiner politischen Partei angehörten, sondern bloß für ihre Person mißliebig waren. Jedermann weiß, daß es ihn morgen gerade so treffen kann, wie es heute die Sozialdemokraten trifft, und daß sich der rechtschaffenste Mann lediglich durch seine Zugehörigkeit zu einer Oppositionspartei oder zu einer mißliebigen Richtung der Gefahr der Verfolgung aussetzt. Das allein schon läßt, abgesehen von allem andern, herzliche Freude am Vaterlande und Vertrauen zur Regierung nicht aufkommen und hindert die Isolierung der Sozialdemokraten, die man erstrebt.

Am allerverderblichsten wirkt in dieser Beziehung der Versuch, die sozialdemokratische Organisation mit Hilfe des § 8 der Verordnung vom 11. März 1850 (über die Verhütung eines ufw. Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechts) zu sprengen. Die Organe aller Parteien, nicht einmal die Kartellparteien ausgenommen, haben offen anerkannt, daß ohne solche Organisationen gar kein politisches Leben möglich ist, daß die politischen Vereine jeder Partei mit einander in Verbindung stehen und von einem Mittelpunkte aus, von einem Parteivorstande geleitet werden, daß demnach auf Grund dieser preussischen Verordnung alle Wahlorganisationen aufgelöst und alle Wahlen dem Zufall preisgegeben werden könnten, wenn die gesprengten Organisationen nicht durch Geheimbündelei ersetzt werden. In einem mittelparteilichen Blatte lasen wir freilich dieser Tage: „Wir unsrerseits hegen dergleichen Bedenken nicht; denn in dem preussischen Vereinsgesetz ist ausdrücklich gesagt, daß die Ortsbehörde eventuell berechtigt, nicht aber, daß sie verpflichtet sei, gegen politische Vereine einzuschreiten,“ und die Mittelparteiler haben ja ganz gewiß für sich nichts zu fürchten. Aber eben darin besteht das unhaltbare und die Mehrheit des Volkes erbitternde dieses Zustandes. Daß sich die Parteien, die die Geschäfte der Regierung besorgen, oder deren Geschäfte die Regierung besorgt, allezeit der unbeschränktesten Bewegung erfreuen werden, das versteht sich von selbst, die brauchen kein Vereinsgesetz. Wenn die verfassungsmäßige Vereinsfreiheit nicht den Sinn hat, daß auch den Oppositionsparteien die Möglichkeit der politischen Organisation verbürgt wird, dann hat sie gar keinen Sinn. Auch hier wiederum fordert sowohl die Ehre des Reichs wie die politische Klugheit, daß man die Ziele, die man erstrebt, auf dem geraden Wege und offen erstrebe. Wir wünschen keine Änderung des Reichstagswahlrechts und würden von uns selbst aus nicht dazu raten. Aber wir können die maßgebenden Kreise nicht hindern, zu wollen, was sie eben wollen. Sie wollen den politischen Einfluß, den sich der vierte Stand erkämpft hat, schwächen oder noch lieber vernichten. Und

da sagen wir nun: besser und würdiger ist es, ihm das Wahlrecht offen durch ein Gesetz zu entziehen, als ihm dessen Ausübung dadurch zu erschweren oder unmöglich zu machen, daß man Gesetze gegen ihn anwendet, die den andern Ständen und Parteien gegenüber unbemüht bleiben.

Dieses unser Drängen auf Offenheit und Geradheit gehört nun auch zu den Dingen, die uns unbequem machen, denn es liegt in der Natur der Sache, daß Männer in verantwortungsvollen Stellungen schwierigen Entscheidungen gern ausweichen oder sie wenigstens so weit als möglich hinauschieben, und die Parteitaktik fordert möglichste Verdunklung der Thatbestände und der Grundfragen. Kann man unbequeme Publizisten nicht einsperren, so versucht man wenigstens das Publikum vom Lesen ihrer Abhandlungen abzuschrecken; daher die beharrlichen, glücklicherweise erfolglosen Bemühungen, die Grenzboten zu boykotten. In der Norddeutschen Allgemeinen vom 12. Dezember versucht ein solcher Scheuklappenfabrikant — die Redaktion, die wohl manchmal ein wenig einnickt, was übrigens für ein offizielles Blatt gefährlich sein könnte, machen wir für das Zeug nicht verantwortlich — den Lesern vorzu—reden, wir hätten „ohne weiteres das, was ein österreichischer Schriftsteller über böhmische Zustände geschrieben hat, auf das deutsche Reich übertragen,“ während wir an der betreffenden Stelle (48. Heft, S. 417) ausdrücklich sagen, daß dergleichen im deutschen Reiche „wohl nirgends in größerem Maßstabe“ vorkomme. Auf derlei giebt es natürlich keine andre Antwort als ein kräftiges unparlamentarisches Wort, für das das Grenzbotenpapier zu weiß ist. Derselbe Herr erblickt in uns „noch etwas schlimmeres als einen Liebknechtschen Sozialdemokraten,“ bloß deswegen, weil wir meinen, das deutsche Volk habe neben England und Rußland auch noch etwas zu bedeuten, und der Verzicht auf die ihm gebührende Weltstellung würde seine Existenz gefährden; was erblickt er denn da in den agrarischen Grafen, deren Organ, die Deutsche Tageszeitung, dieser Tage schrieb, kein Minister werde den Mut haben, eine etwaige kaiserliche Frage, ob er glaube, daß die Dinge noch ein Jahrzehnt so weiter gehen könnten, zu bejahen, und fortfährt: „Es ist ja viel bequemer, die Dinge rosig zu malen und sich damit zu trösten, daß der Boden, der schon so viele Geschlechter getragen habe, auch das jetzige noch tragen könne. Aber dieser Trost verliert an Wert und Wirkung, wenn die Unterwühlung des Bodens so weit vorgeschritten ist, daß der Zusammenbruch unvermeidlich ist.“

Der Kampf gegen den Umsturz im Königreiche Stumm. Nun sind auch in die friedlichen Städte am Ufer der Saar die Mächte des Umsturzes eingezogen. Nachdem schon Ende vorigen Winters Professor Adolf Wagner hier einen Vortrag gehalten hatte, ist kürzlich Pfarrer Raumann zum zweitenmal aufgetreten, und Frau Gnauck-Kühne hat den Reigen vorläufig geschlossen. Wohin soll es führen, wenn solche Leute ihre Ideen in unsrer bisher so ruhigen Gegend zu verbreiten anfangen? so fragen sich ängstliche Gemüter und so fragen vor allen unsre Großindustriellen und ihre Freunde, die Partei, die sich um die Person des Freiherrn von Stumm schart. Oder vielmehr, so fragt diese Partei nicht erst, denn für sie ist an maßgebender Stelle längst die Entscheidung ausgesprochen worden, „daß eine Hauptschwierigkeit im Kampfe gegen die Umsturzbestrebungen in der Hilfe liegt, die ein falscher wissenschaftlicher und christlicher Sozialismus der Sozialdemokratie zu teil werden läßt.“ Diesen wissenschaftlichen und besonders diesen christlichen Sozialismus von Raumanns Richtung galt es also auch bei dieser Gelegenheit zu bekämpfen.

Das ist von jenem Parteistandpunkt aus ein ganz begreifliches Vorgehen und soll hier auch gar nicht grundsächlich angefochten werden. Aber bezeichnend für die hiesigen Verhältnisse ist die Art, wie dieser Kampf geführt wird, und wie weit man die Gegner sucht. Wer die hiesigen Verhältnisse nicht kennt, müßte aus der Heftigkeit des Kampfes schließen, die genannten Redner hätten hier parteipolitische Reden gehalten und darin bedenkliche oder gar zu Aufruhr führende Ansichten vertreten. In Wirklichkeit haben sie in dem hiesigen Verein für Volksbildung, der über tausend Mitglieder aus den Kreisen des Mittelstandes und der Bildung zählt, allgemein belehrende, durchaus nicht parteipolitische Vorträge aus dem sozialen Gebiet gehalten. Da es nun aber an der Saar bekanntlich keinen vierten Stand giebt, so dürfen dort auch keine sozialen Probleme erörtert werden. Die Partei Stumm richtete daher im Namen des Patriotismus (!) an den Vorstand des Volksbildungsvereins den Vorwurf, daß er Leuten wie Professor Wagner, Pfarrer Naumann und Frau Gnauck das Eindringen in das Saargebiet ermögliche, und stempelte den Vorstand gewissermaßen zum Mitschuldigen an der ganzen politischen und sozialen Thätigkeit dieser Personen, deren Wirksamkeit kurzweg als sozialistische Hezerei gekennzeichnet wurde, und zwar auf Grund von Entstellungen ihrer im öffentlichen Leben — nicht einmal in den Vereinsvorträgen — gethanen Äußerungen und auf Grund der politischen Auffassung der Partei Stumm. Solchen sozialistischen Hezern müsse man von vornherein die Thür verschließen. Der Volksbildungsverein hat sich also, nach diesem naiven Ansinnen, nicht damit zu begnügen, daß er tüchtige Kräfte als Redner zu gewinnen sucht und parteipolitische Fragen als Gegenstand der Vorträge ausschließt, sondern er darf nur solche Redner zulassen, die auch in ihrem übrigen Leben keiner politischen Partei angehören oder wenigstens keine Gegner der Partei Stumm sind. Sonst handelt er — unpatriotisch. Der Zweck dieses ganzen Vorgehens liegt auf der Hand: man will die Erörterung sozialer Probleme verhindern.

Nun läßt sich natürlich ein Verein wie der genannte durch solche Angriffe in seiner Thätigkeit nicht irre machen, selbst im Königreiche Stumm nicht. Und an energischer Abwehr hat es auch nicht gefehlt. Man könnte deshalb auch über diesen ganzen kleinstädtischen Versuch, ein Maulkorbgesetz zu erlassen, einfach zur Tagesordnung übergehen, wenn solche Vorgänge auf die sachliche Erörterung beschränkt blieben. Damit begnügt sich aber die Partei Stumm nicht, sondern da werden gleich die wirtschaftlichen Machtmittel aufgeboten, indem man Drohungen an Zeitungen ergehen läßt, und — es wird sogar die Hilfe der Behörden in Anspruch genommen! So hat man in diesem Falle den Versuch gemacht, den Vorsitzenden des Volksbildungsvereins bei seinem Vorgesetzten in den Verdacht zu bringen, daß er seine Stellung im Verein zu parteipolitischen Zwecken benutze und mit der sozialdemokratischen Presse Verbindung angeknüpft habe. Diese Verdächtigung, die auf den oberflächlichsten und irrigsten Kombinationen beruhte, war zum Glück leicht zurückzuweisen. Es ist hier nicht der Ort, festzustellen, wie weit die übrigen Anhänger der Partei mit einem solchen Vorgehen einverstanden waren, oder ob untergeordnete Geister auf eigne Verantwortung über das Ziel hinausgeschossen haben. Aber das muß doch einmal ausgesprochen werden: zu solchen Wegen führt schließlich die hier beliebte Unterdrückung der freien Meinung, ein Verfahren, zu dem sich besonders Freiherr von Stumm immer wieder bekennt. Schon eine Erklärung, die er in einer Rede an seine Arbeiter in diesem Sommer gab: „der Kampf gegen die Umsturzgefahren müsse jetzt — nach Ablehnung der Umsturzvorlage — auf dem Wege der Selbsthilfe der bürgerlichen Gesellschaft und von Ver-

waltungsmaßregeln der regierenden Kreise geführt werden," sprach in diesem Sinne. Als Freiherr von Stumm vor einigen Tagen gebeten wurde, in dem Streit der Meinungen auf die Anwendung seiner äußern Machtmittel zu verzichten und den Kampf gegen die Personen aufzugeben, antwortete er: „Er könne die Gegner nicht überzeugen, sehe aber, selbst auf höherer Warte stehend, die Gefahren der jetzigen Entwicklung voraus und müsse zur Abwendung dieser Gefahren thun, was in seinen Kräften stehe.“ Dabei muß man im Auge behalten, daß zu diesen Gegnern nicht nur die Sozialdemokraten, nicht nur die Christlich-Sozialen, sondern auch alle die Leute gehören, die einem Christlich-Sozialen das Eindringen in das Saargebiet gestatten. Denn zur Vermeidung allen Zweifels ist schon lange in diesen Fragen die Losung ausgegeben: „Wer nicht für uns ist, der ist wider uns.“

Unter dem Druck dieser Verhältnisse leiden besonders auch die hiesigen evangelischen Arbeitervereine. Von rechts und links getrieben wissen sie nicht, wie sie sich stellen sollen. Erklären sie sich gegen Weber und Raumann — zwischen diesen beiden Männern konnte Stumm in der angeführten Unterredung keinen Unterschied entdecken —, so geben sie ihre eifrigsten Freunde auf. Schließen sie sich einem dieser Männer an, so verderben sie es mit den Großindustriellen, und das wäre unter den obwaltenden Verhältnissen für einen großen Teil der Arbeiter ein verhängnisvoller Schritt. Da hat nun die letzte Abgeordnetenversammlung des Saarverbandes einen Beschluß gefaßt, worin gegen Raumanns viel besprochne und viel mißdeutete Bemerkungen über das Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber Einspruch erhoben, aber an der Wertschätzung seiner Persönlichkeit ausdrücklich festgehalten und die Reinheit und Lauterkeit seiner Absichten anerkannt wird. Darüber große Unzufriedenheit bei einer starken Partei in den Vereinen, weil zu einer solchen Beschlußfassung keine Veranlassung vorgelegen habe. Auf der andern Seite erklärt Freiherr von Stumm: „Raumann wird in dieser Resolution zu sehr verherrlicht, soll Friede bleiben, so müssen sich die Vereine ganz von Raumann lossagen.“ Also doch wohl auch von Weber, der sich ja nicht von Raumann unterscheidet? Und weiter erklärte der Freiherr: „Sowie die Arbeitervereine sich auf das Arbeitsprogramm des Evangelisch-sozialen Kongresses stellen, gehen sie viel zu weit, und dann ist der Kampf unvermeidlich. Die ganze Bewegung ist überhaupt künstlich in die Leute hineingetragen worden, wie seinerzeit durch Dasbach die katholische Arbeiterbewegung hervorgerufen worden ist. Wenn das so weiter geht, giebt es hier einen Kampf auf Leben und Tod.“ Wenn man so scharfe Worte der Abwehr hört, sollte man glauben, die Arbeiterbataillone stünden an der Saar schon schlagfertig bereit oder wären wenigstens auf dem besten Wege, sich zu formiren. Und dabei ist seit der Einrichtung des Rechtsbüreaus im vergangnen Winter keine einzige Frage, die auf eine radikalere Entwicklung der Vereine schließen ließe, auch nur ins Auge gefaßt werden. Selbst die Untersuchung über die Wohnungsverhältnisse kommt seit einem Jahr über die Entwerfung der Fragebogen nicht hinaus!

Wo sind denn aber die Mächte des Umsturzes, die das Saargebiet in den verderblichen Kampf hineinziehen wollen? Freilich, Professor Wagner hat sich hier große Sympathien erworben, sodaß es selbst in großindustriellen Kreisen Leute giebt, die an seinem Vortrag nichts auszusetzen fanden und ihn für einen „ganz vernünftigen Mann“ erklärten. Auch werden, wenn Frau Gnauk und Pfarrer Raumann, die übrigens in einem Arbeiterverein hier noch nicht gesprochen haben, wieder einmal hier einen Vortrag halten sollten, die Zuhörerschaften wieder ebenso eifrig herbeiströmen. Und wenn wir auch durchaus nicht alles verteidigen wollen,

was Frau Gnauck gedichtet oder Pfarrer Naumann gesagt hat, so dürfte man doch dem gebildeten Bürgerstande der Saarstädte noch soviel selbständige Urteilskraft zutrauen, daß er die anregenden, auf gründlichem Studium der Verhältnisse beruhenden Vorträge dieser Leute ohne Gefahr für sein politisches Seelenheil anhören kann. Die Partei Stumm könnte also auf die weitere Anwendung des für das Saargebiet erlassenen Umsturzgesetzes ohne Schaden verzichten. Das Interesse für die sozialen Vorträge wäre überhaupt hier nicht entfernt so groß gewesen, wenn es nicht durch das Vorgehen jener Partei erst geweckt worden wäre.

Der deutsche Offizierverein. So oft das Kriegsministerium einen Vorschlag zur Erhöhung des Einkommens der Offiziere im Reichstage einbringt, werden die stärksten Einwände gemacht. Die Offiziere sollen sich einrichten mit dem, was sie haben, sich nach der Decke strecken, keinen Luxus treiben u. s. w. Das ist alles ganz richtig, ist auch befohlen und wird auch geübt. Wenn man das Leben der Offiziere mit dem gesellschaftlich gleichgestellter Kreise vergleicht, so dürfte dieser Vergleich nur zu Gunsten der Offiziere ausfallen. Aber es giebt Forderungen im heutigen Leben, die erfüllt werden müssen, und zu ihrer Erfüllung gehören Mittel, die dem Offizier und dem Beamten fast ausnahmslos versagt sind. Die Reichstagsabgeordneten wissen das so gut wie jeder andre Mensch. Das Leben ist in allen Ständen, in allen Lagen teurer geworden. Aus der Geschichte wird niemand nachweisen können, daß Anforderungen, die infolge veränderter Lebenshaltung an Familien und an einzelne Personen gestellt werden, jemals durch eignen Entschluß im Ganzen herabgesetzt worden wären. Es bleibt also nichts übrig, als ihnen auf die eine oder die andre Weise gerecht zu werden. Geschieht das nicht, so gehen eben zuerst Einzelne, dann ganze Stände zurück, und der Schade, der im Anfang den Einzelnen trifft, überträgt sich schnell auf das Ganze, und dann kommt es zu unliebsamen, schädlichen Auskunftsmitgliedern, wie ungeeignete Heiraten, Spiel u. s. w., die durch rechtzeitiges Eingreifen zu vermeiden gewesen wären. In der Befordrungsfrage geschieht gar nichts. Es vergehen Jahre, bis sich der Reichstag zu Gehalts erhöhungen versteht. Dabei nimmt man bewußtermaßen die Arbeit des Beamten und des Offiziers für das Ganze vollauf in Anspruch. Gerichtliche Sachen ziehen sich ins Endlose, weil man sich nicht entschließt, die Zahl der Beamtenstellen zu vermehren. Die Assessoren laufen zu hunderten herum, sind froh, wenn sie beschäftigt werden gegen ein geringes, jederzeit widerrufbares Tag- oder Monatsgeld. Das eigne Vermögen und oft noch das der Geschwister ist durch das Studium draufgegangen, und wenn dann endlich die Anstellung kommt, dann müssen ratenweise die Schulden abgetragen werden, sodaß der neue Beamte auch jetzt noch seines Lebens nicht froh werden kann. Ähnlich ist es mit dem Offizier. Er arbeitet von morgens bis abends körperlich und geistig. Die zweijährige Dienstzeit hat die Ansprüche an das Ausbildungspersonal noch bedeutend gesteigert. Daß aber eine Gehaltserhöhung deshalb eingetreten wäre, davon ist nichts bekannt. Eine solche scheint auch nicht in Aussicht zu stehen. Die vierten Bataillone oder vielmehr die Halbbataillone haben zwar den vollen Bataillonen einige Erleichterung verschafft durch Abnahme der Sonderleistungen, wie Wiederholungsübungen der Reserve- und Landwehrmannschaften, Einübung der Schullehrer u. s. w., aber im Ganzen ist die Arbeit in den vollen Bataillonen nicht gemindert, weil die Ausbildung, früher auf drei Jahre verteilt, jetzt in zwei Jahren vollendet sein muß.

Gegenüber diesen thatsächlichen Verhältnissen muß es im höchsten Grade Wunder nehmen, daß selbst große Zeitungen ihre Spalten hergeben zu Angriffen

auf den Offizierverein oder, wie er jetzt heißt, auf das Warenhaus für Armee und Marine und auf die verschiedenen Warenhäuser für Beamte. Diese Einrichtungen sind doch nur aus dem anerkanntwertigen Streben der Offiziere und Beamten entstanden, mit ihren knappen Mitteln auszukommen. In England bestehen solche Einrichtungen schon längst, und man hat nicht gehört, daß sich die Geschäftsleute dagegen wehrten. Die englische, irre ich nicht, mit der sogenannten United service Institution in Zusammenhang stehende Einrichtung geht noch viel weiter, als unser Offizierverein. Sie vermittelt sogar Wohnungen, verkauft Häuser und Pferde. Ein Offizier, der z. B. plötzlich nach Indien versetzt wird, übergiebt Pferde und alles, was er nicht mitnehmen kann oder will, der genannten Anstalt, und diese besorgt alles aufs beste. Der englischen Einrichtung ist unser Offizierverein nachgebildet, und welchen Nutzen er für das Offizierkorps hat, ergibt sich aus der Thatsache, daß bald nach seiner Gründung im Anfang der achtziger Jahre die großen Militärschneidergeschäfte in Berlin ihre Preise um 10 Prozent und mehr herabsetzten. Daß die Geschäftsleute beim Offizierverein nicht leer ausgehn, kann man schon daraus sehen, daß jede der Preislisten, die der Verein alljährlich mindestens einmal veröffentlicht, fast zur Hälfte mit Geschäftsanzeigen angefüllt ist. Die Geschäftsleute benutzen also diese Veröffentlichungen, und wenn sie auch selbstverständlich ihre Anzeigen wohl ebenso in den Preislisten bezahlen müssen wie Anzeigen in andern Blättern, so zeigt doch die stets wachsende Zahl der Anzeigen, daß die Kaufleute, Fabrikanten, Versicherungsgesellschaften u. s. w. dabei ihre Rechnung finden. Sonst würden sie eben die Preislisten nicht zu ihren Anzeigen benutzen und den Mitgliedern des Offiziervereins auch noch Ermäßigung der Preise zu gute kommen lassen.

Außerdem beschäftigt doch der Verein eine bedeutende Anzahl von Beamten aus dem Zivilstande. Die Arbeiter auf den Werkstätten sind nicht etwa Soldaten des Dienststandes, sondern Arbeiter wie in jedem andern entsprechenden Geschäfte. Man geht sogar so weit, daß den Regimentschneidern in den verschiedenen Garnisonen verboten ist, das Anprobieren von Uniform- und Zivilkleidungsstücken, die in den Werkstätten des Offiziervereins gefertigt werden, zu besorgen. Diese sehr weit gehende Rücksicht auf die Zivilgeschäfte hat dem Offizierverein manchen nicht in Berlin ansässigen Kunden entzogen. Alle Artikel, die der Verein an seine Mitglieder verkauft und nicht selbst anfertigt, wie Wäschestücke, optische Instrumente, Uhren u. s. w., ferner Cigarren, Wein, werden doch ebenfalls von Zivilgeschäften bezogen, gewiß nicht zu deren Nachteil.

Im Jahre 1848 schrieb alles nach Gewerbefreiheit, jetzt soll wieder der Staat alles in die Hand nehmen und jedem Landwirt, der nicht vorwärts kommt, jedem Handwerker und Geschäftsmann durch Gesetze helfen. Beamte und Offiziere werden ungenügend bezahlt. Und dabei mutet man ihnen noch zu, alle erlaubten Mittel aufzugeben, die sie anwenden, ihre Lage erträglich zu gestalten. Das ist widersinnig und ungerecht!

C. v. H.

Sir Joseph Crowe. Vor dreißig Jahren gaben diese grünen Blätter in einem Artikel: „Basari der andre“ dem deutschen Publikum Nachricht von den Arbeiten zweier Autoren auf dem Gebiete der italienischen Kunstgeschichte, von denen der eine Engländer, der andre Italiener war: Crowe und Cavalcajelle. Seitdem sind aus ihrem Zwillingswerke zahlreiche andre hervorgewachsen; sie haben in manchen Stücken Widerspruch erfahren und sich wohl auch von Berufnen und Unberufenen meistern lassen müssen; dennoch sind ihre Forschungen bis heute

eine Grundlage geblieben, die keiner verleugnen kann, der auf denselben Bahnen wandelt.

Nun erhalten wir jetzt von dem führenden Autor dieser litterarischen Firma ein interessantes Geschenk ganz anderer Art: eine Selbstbiographie. Der stattliche Band, der zur Zeit vorliegt, schließt mit dem fünfunddreißigsten Jahre des Verfassers ab, ungefähr mit dem Beginn seiner schriftstellerischen Thätigkeit großen Stils. *) Wer aber das Buch zur Hand nimmt und Aufschluß darüber erwartet, wie sich der Verfasser zum Kunstkennner herangebildet hat, wird sich ebenso getäuscht sehen wie jener Bonner Student, der bei Otto Zahn ein Kolleg über Mozart besetzen wollte. Wir erfahren vielmehr, daß die Tagesbeschäftigung dieses Mannes Dingen gewidmet war, die der Kunstgeschichte nicht um ein Haar näher standen als etwa die antiken Dichter der Musik des achtzehnten Jahrhunderts.

Joseph Crowe war von Haus aus Journalist. An der Seite des Vaters, der ein hervorragender Politiker war, lernt er sich in das Handwerk ein. Seine frühe Jugend verlebt er in Paris, wo er als kleiner Knabe den Tumult der Julirevolution mit anhört. Den Unterricht erhält er fast nur von den Eltern, doch besucht er mit einem Bruder 1840 das Atelier von Delaroche, später das des Landschaftsmalers Hubert und das von Coignet. Er erwirbt dadurch eine Fertigkeit im Zeichnen, die ihm später praktisch und theoretisch höchst nützlich wird. 1844 übernimmt er in London die Berichterstattung über die peinliche Gerichtsbarkeit für den Morning Chronicle. Ins eigentliche Fahrwasser kommt er dann 1846 infolge der Gründung der Daily News. Crowe erhält seinen Posten erst in Paris, dann wieder in England. Damals lernte er auf einer Reise durch Deutschland im Postwagen zwischen Hamm und Minden Cavalcaselle kennen, mit dem er im Berliner Museum wieder zusammentraf. Während dieser aber ausschließlich den Italienern nachging, vertiefte sich Crowe in die Flandrer, und es entstand die Idee einer Darstellung van Eycks und seiner Schule. Drei Jahre später fand er in London auf der Straße Cavalcaselle wieder, der, als Emiffar des Diktators von Venedig, Manin, in Piacenza von den Österreichern zum Tode verurteilt, in Rom mit Garibaldi gekämpft hatte und mit genauer Not entkommen war. Jetzt schlossen sich die Freunde enger an einander. Dazu trug auch die Not bei, denn die nächste Zeit war für beide schlimm. Redlich trugen sie den Mangel mit einander, der manchmal recht empfindlich war. Arbeiten für die Illustrated London News, den Globe und die Leads Times halfen aus. Da bot sich 1853 Crowe die Gelegenheit, als Kriegskorrespondent und Spezialartist für das große Londoner illustrierte Blatt nach der Türkei zu gehen. Erst in Rumänien, dann in der Krim folgte er den Ereignissen dieses unfruchtbarsten aller Kämpfe der Neuzeit. Mit scharfer Feder schildert er die wechselnden Koryphäen des Feldzugs, die wichtigsten Vorfälle, und sein schneller Griffel hielt die Situation fest. Er hatte die Genugthuung, daß sein Bericht über den Fall Sebastopols der erste war, der in London erschien. Endlich heimgekehrt fand er sein Buch über die flämische Malerei im Druck fertig. Die Bemerkungen, die er nachträglich über diese erste Frucht gemeinsamer Arbeit mit Cavalcaselle macht, sind sehr kritisch; zudem mußten die Autoren erfahren, daß man in Italien Cavalcaselle, in England Crowe für einen leeren Namen hielt, während doch beide mit Entbehrung und eisernem Fleiß einander in die Hände gearbeitet hatten. Im übrigen war wieder stille Zeit. Das bestimmte

*) *Reminiscences of thirty-five years of my life*, by Sir Joseph Crowe. K. C. M. G., C. B. London, Murray, 1895.

Crowe, ein Engagement als Leiter einer Zeichenschule in Bombay anzunehmen. So ging er 1857 nach Indien. Aber hier hatte er mit allerlei Enttäuschungen zu kämpfen, und wenn er auch als Journalist gerade in jener Zeit reichliche Beschäftigung fand, kehrte er doch schon nach zwei Jahren wieder zurück, da ihm das Klima gefährlich wurde. Aber er kam nur, um gleich wieder weiterzuwandern: die Times übertrugen ihm die Berichterstattung über den Krieg in Italien, und zwar hatte er sich dem österreichischen Hauptquartier anzuschließen. Dieser Teil des Buches ist wohl der glänzendste, wie düster auch die Ereignisse waren, die geschildert werden. Man kann nichts Interessanteres lesen als die Beobachtungen Crowes in den Tagen vor, während und nach der Schlacht von Solferino. Wer wie der Schreiber dieser Zeilen selbst auf jener Höhe gestanden hat, die damals ein so fürchterlicher Kampf umtobte, folgt mit umso größerem Staunen dieser meisterhaft objektiven Darstellung, die nie die Grenze dessen überspringt, was ein Augenzeuge, der den leitenden Männern nahe war, erfassen kann. Dabei bewahrt auch der Schriftsteller die Kaltblütigkeit des Nil admirari, die dem Engländer vorzugsweise eigen ist. In guten und schlechten Tagen hat er sich viel mit dem bekannten Beruhigungsmittel seiner Landsleute, dem Angeln geholfen und es ist ihm dabei manch drolliges Abenteuer begegnet.

Nach dem jähen Ende des Krieges bot Crowe seine Dienste der Regierung an. Lord John Russell gab ihm zur Probe die heikle Aufgabe, Berichte über die politische Lage Deutschlands zu schreiben. Wenn es schon für einen Einheimischen schwer genug ist, sich in den Wirrnissen zurecht zu finden, die besonders seit 1859 in den deutschen Zuständen herrschten, so war es für den Fremden fast eine hoffnungslose Mühe. Aber das Auge, dem die feinen Unterscheidungen der künstlerischen Stilkritik geläufig waren, bewährte seine Schärfe auch auf diesem Gebiet. Durch mannichfaltige Beziehungen, die bei dem Engländer ja noch näher lagen als bei andern, wurde Crowe in die Kreise des Herzogs von Coburg eingeführt, der ihn durch rückhaltloses Vertrauen ehrte. Als Protektor des Nationalvereins wies er ihn auf die Männer hin, deren Ziel die Einigung Deutschlands unter Führung Preußens war, und wenn auch Crowe seine Belehrungen noch anderweit vervollständigte, in Heidelberg den schon in England angeknüpften Verkehr mit Bunsen erneuerte, Gerwinus befragte und in Frankfurt Usedom näher kam, der ihn reichlich mit Auskunft versah, so wurde er dadurch doch nur immer mehr in der Auffassung der Lage Deutschlands bestärkt, die bald endgiltig triumphieren sollte. Seine Berichte fanden bei der englischen Regierung entschiedne Anerkennung. Der Erfolg war seine Berufung als Generalkonsul in Leipzig. Damit endet der erste Band.

Wir wünschen von Herzen, daß es dem trefflichen Manne, der ein so warmes Gefühl für deutsche Sorgen und Hoffnungen beweist, die Vollendung seiner Lebenserinnerungen vergönnt sein möge. Wenn auch auf die Odyssee seiner Jugend eine stetige, seßhafte Thätigkeit folgt, so hat sie doch den besondern Reiz, daß von nun an neben den Geschäften die litterarische Arbeit in breiterm Flusse herging, und sie beide versprechen des Interessanten genug.

m. J.

Repertoire und Spielplan. Fremdwörter zu vermeiden ist eine schöne Sache, und die Grenzboten stehen gewiß nicht in dem Rufe, daß sie eine Vorliebe für Fremdwörter hätten; im Gegenteil, sie bemühen sich fort und fort, ihre Mitarbeiter dazu zu bewegen, daß sie alle entbehrlichen Fremdwörter vermeiden, alles deutsch sagen, was sich gut und bequem deutsch sagen läßt. Dazu reicht es freilich oft nicht aus, ein Fremdwort aus einem Satz hinauszuverwerfen und ein deutsches

an seine Stelle zu setzen, sondern der ganze Satz muß etwas umgestaltet, er muß ohne das Fremdwort gedacht, er muß deutsch gedacht werden. Es giebt auch Fälle, wo unsre Sprachreiner für ein Fremdwort glücklich einen deutschen Ersatz gefunden zu haben glauben und nun mechanisch überall diesen Ersatz brauchen, mag er passen oder nicht. So ersetzt man jetzt konstatiren — gewiß ein widerwärtiges Wort,*) das so bald als möglich aus unsrer Sprache verschwinden sollte — überall durch feststellen. Das bedeutet es aber in hundert Fällen gar nicht. Es bedeutet oft weiter gar nichts als sagen, behaupten, erklären, ja in den meisten Fällen bedeutet es überhaupt nichts, es ist ein ganz überflüssiger Hentel, an dem eine Behauptung aufgehängt wird, anstatt sie einfach hinzustellen. Zu diesen schiefen, ungenügenden Übersetzungen gehört auch die Übersetzung von Répertoire durch Spielplan. Répertoire (lat. repertorium) bedeutet zunächst eine Einrichtung, mit deren Hilfe man etwas auffinden kann, dann die Stelle, wo man etwas auffinden kann, also z. B. ein Inhaltsverzeichnis, ein Register. In diesem Sinne hat man vielen Zeitschriften den Titel Repertorium gegeben; es giebt ein Repertorium der in- und ausländischen Litteratur, ein Repertorium der medizinisch-chirurgischen Journalistik, ein Repertorium für Kunstwissenschaft usw. In der Theater Sprache nun bedeutet *répertoire* ein Verzeichnis von Theaterstücken. Diese Bedeutung aber hat sich wieder in zwei Bedeutungen gespalten: erstens bedeutet *répertoire* das Verzeichnis der Stücke, die in einem bestimmten Zeitraum (gewöhnlich innerhalb einer Woche) auf einem Theater aufgeführt werden sollen; da fragt man z. B.: ist das Répertoire für die nächste Woche schon heraus? steht der Lohengrin mit auf dem neuen Répertoire? Zweitens bedeutet *répertoire* das Verzeichnis der Stücke, die in einem bestimmten längern Zeitraum, z. B. einem Jahre, einem Jahrzehnt auf einem Theater aufgeführt werden oder aufgeführt worden sind; da sagt man z. B.: der Fidelio steht jetzt nicht auf unserm Répertoire, d. h. er ist nicht einstudirt, er kann nicht aufgeführt werden; oder: das und das Lustspiel von Destouches gehörte nicht zum Répertoire der Seilerschen Schauspielergesellschaft. Nun ist doch sonnenklar, daß nur in dem ersten Sinne das Wort *répertoire* allenfalls durch Spielplan ersetzt werden kann; ich kann fragen: ist der neue Spielplan schon heraus? was steht auf dem Spielplan der nächsten Woche? In dem zweiten Sinne aber könnte man wohl von einem Spielvorrat reden (eines der berühmtesten Bücher, die Gottsched herausgegeben hat, führt den Titel: Nötiger Vorrat zur Geschichte der deutschen dramatischen Dichtkunst oder Verzeichnis aller deutschen Trauer-, Lust- und Singspiele, die im Druck erschienen von 1450 bis zur Hälfte des jetzigen Jahrhunderts), aber das Wort Spielplan frischweg auch in diesem zweiten Sinne anzuwenden ist doch gelinde gesagt eine Gedankenlosigkeit. Und doch hat sich diese Gedankenlosigkeit in der theatergeschichtlichen Litteratur, die neuerdings sehr ins Kraut schießt, binnen wenigen Jahren festgesetzt. Soeben ist wieder ein Beitrag zur Theatergeschichte des achtzehnten Jahrhunderts erschienen, worin das Wort Spielplan von Anfang bis zu Ende in dieser unpassenden, allen gefunden Menschenverstand verletzenden Weise gebraucht ist. Sollte sich denn das nicht wieder beseitigen und durch etwas treffenderes ersetzen lassen?

Internationale Trambillet-Sport-Co., H. Fellmeth u. Gebrüder Haertl. München. Munich. Wir werden auf eine neue Blüte der Jetztzeit aufmerksam gemacht. Die alten Sammelsports reichen nicht mehr aus für das

*) Es ist gebildet — unglaublich aber wahr! — durch Anhängen der Endung=iren an das Imperfonale constat.

Zeitalter der Müßigkeit. Es ist natürlich, daß das Volk der Dichter und Denker nach neuen Aufgaben und Zielen ausblickt, an denen es seine Kraft üben kann. Deshalb begrüßen wir es als einen schönen, einen herrlichen Gedanken, daß man es auf den Trambillettsport lenkt. Hier kann es sich bethätigen, hier ist der Punkt, von dem aus die sozialen Fragen gelöst werden können.

„Wie Sie aus dem Prospektus zu ersehen belieben, bringen wir dem Publikum eine neue Unterhaltung im systematischen Sammeln von Trambahnfahrtscheinen. So unscheinbar die Sache im Anfang auch aussehen mag, so hat sie doch eine große volkswirtschaftliche Bedeutung, denn sie lehrt vor allem auch das Unscheinbarste nicht wegzwerfen und zu verachten, und wäre es auch nur ein gebrauchter Trambahnfahrtschein. Wir haben unser Unternehmen in den Dienst der Wohlthätigkeit gestellt. Die deutsche Reichsschule, die Kongomission und viele andre Wohlthätigkeitsanstalten (in Amerika allein tausend Herren Geistliche aller Konfessionen [sogar die Geistlichen sind, wie wir aus dieser Mitteilung erfahren, in dem praktischen Amerika Anstalten]) sammeln für uns Trambahnfahrtscheine, um aus dem Erträgnis die Armut zu unterstützen und das Elend zu lindern.“

Die Worte zwischen den Gänsefüßchen sind nicht etwa aus der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, sondern aus einem gedruckten Anschreiben der Internationalen Trambillet-Sport-Co. an eine verehrliche Redaktion — nicht an die unsrige; deshalb wagen wir auch nicht den „zur eventuellen Benützung im redaktionellen Teil“ angehängten Aufsatz „Ein neuer Sammelsport“ abzudrucken; unsere Leser werden ihn in der Tagespresse finden. Nur einen Satz dürfen wir ihm wohl entnehmen: „Es ist allgemein bekannt, zu wie großer Bedeutung der Briefmarkensammelsport aus kleinen Anfängen sich entwickelt hat. Anfangs ein Tauschartikel ist die Briefmarke zum vielbegehrten Handelsartikel geworden; sie dient zugleich auch der Wohlthätigkeit, indem sie von Vereinen zu Zwecken der Barmherzigkeit gesammelt und nach dem Grundsatz: »Viele Wenig geben ein Viel, vereinte Kräfte führen zum Ziel« das Erträgnis aus diesen Sammlungen zur Unterstützung von Armen und Waisen verwendet wird. Jedenfalls durch solche Erfolge ermutigt, hat sich die Internationale Trambillet-Sport-Co. H. Fellmeth u. Gebrüder Haertl“ usw. Es ist uns nicht klar, warum die Internationale Trambillet-Sport-Co. im Zweifel darüber ist, ob sie durch solche Erfolge ermutigt worden sei; jedenfalls ist es doch so, und ihr kleiner Aufsatz zeigt die guten Seiten des Unternehmens in schönem Lichte. Glück auf! rufen wir freudig, Glück auf! rufen wir auch selbstlos der schon begründeten und segensreich wirkenden neuen Zeitschrift Trambillet-Sport zu, die uns unter anderm als erstes einer Reihe hervorragender Trambahnmänner das Bild von Herrn James Clifton Robinson, dem managing Direktor der London United Tramways, Limited, bringt — einem Manne, der freilich nur einen Schnupstuchzipfel auf der linken Busenseite trägt, im übrigen zugeknöpft ist, der aber noch zu hohen Ehren steigen kann. Und der Trambillettsport kann es auch und wird es auch. Eines aber wünschen wir ihm von Herzen: daß er nicht wie das Briefmarken-, Stahlfeder- und Tändstichoretiquettensammeln ein Spiel der Kinder werde, sondern reifen und edeln Männern vorbehalten bleibe. (Die würden dabei zugleich einen praktischen Beitrag liefern zu der schwierigen und in manchen Städten, wie es scheint, ganz unlösbaren Frage der Straßenreinigung.)

Wenn die Weihnachtsglocken klingen. Die Grenzboten haben Recht, wenn sie das eine „nette Kritik“ nennen, was durch Anzeigen oder mit Mettwürsten

vorher bezahlt sein muß. Ist denn in dem berühmten Gesetzentwurf des unlautern Wettbewerbs nicht noch ein Plätzchen übrig, wo man ein Paragräpchen abladen könnte? In § 10 des Nahrungsmittelgesetzes vom 14. Mai 1879 heißt es: „Wer zum Zweck der Täuschung im Handel und Verkehr Nahrungs- und Genußmittel nachmacht oder verfälscht,“ der soll bis zu sechs Monaten brummen und, wenn er's Geld hat, bis zu 1500 Mark Strafe zahlen; und weiter heißt es: „Wer wissentlich Nahrungs- und Genußmittel, die verdorben oder nachgemacht oder verfälscht sind, unter Verschweigung dieses Umstandes verkauft oder unter einer zur Täuschung geeigneten Bezeichnung feilhält,“ den soll dasselbe Strafmaß treffen.

Passen diese beiden Sätze nicht ausgezeichnet auch auf den Fall, wo die Zeitungsverleger die Buchverleger oder Autoren auffordern, selbst Kritiken zu verfassen und einzuschicken, damit sie neben den Anzeigen herlaufen und zum Köder dienen? Sie passen nicht, wenn man der Ansicht ist, die nach solchen Grundsätzen geleiteten Zeitungen könnten von niemand als Nahrungs- oder Genußmittel angesehen werden; nun, solche Ansicht soll man nicht zu ändern trachten. Aber wenn auch: der Dolus, der mit dem Bewußtsein seiner Gesetzwidrigkeit gefaßte Beschluß, ist doch vorhanden: der Zeitungsverleger erweckt bewußt in dem Leser die Meinung, daß er, von dem man annehmen muß, daß er das Wohl seiner Leser, seiner Kunden im Auge habe, das vorgeführte Buch so warm empfehle, wie es der Hersteller oder der Verkäufer jenes Buches thut. Aber auf dessen eigne Empfehlung würde der Leser nichts geben, da er weiß, daß jeder Krämer seine Ware lobt. Der Leser wird also getäuscht, und dagegen sollte er geschützt werden durch die Gesetze — der Moral!

Die Treibjagd auf Annoncen wird aber nicht bloß auf dem Gebiete der geistigen Nahrung mit Plakpatronen in den Flinten abgehalten; auf dem großen Markte, wo Lebensmittel und Kleidungsstücke verhandelt werden, geht es noch viel lauter (nicht lauterer) zu. Hören wir nur, wie lieblich das durch Busch und Thal schallt!

1. Frühlingsangebot: „Wenn der Frühling naht, die Kauflust reger wird, und Groß und Klein sich zur Reise rüstet, da mehren sich aus unserm Leserkreise die Anfragen nach Bezugsquellen aller Art (ist natürlich gelogen!), da unsere Wochenchrift es sich seit Jahren mit Erfolg zur Aufgabe gemacht hat, vornehme Firmen kostenlos im redaktionellen Teil unsers Blattes zu empfehlen und zu besprechen. Wir haben auch dabei an Ihre wertgeschätzte Firma gedacht und würden mit Vergnügen zu einer kostenlosen redaktionellen Empfehlung bereit sein, wenn Sie auch uns Ihre Inserataufträge übermitteln wollen. Leider macht der sehr beschränkte Raum unsers Blattes es uns zum Gesetz (!), in erster Reihe nur die Firmen zu besprechen, die uns gleichzeitig größere (!) Inserataufträge übermitteln. Unser Zeilenpreis beträgt nur usw.“

2. Sommerangebot: „Es dürfte Ihnen nicht unbekannt geblieben sein, daß Inserate hauptsächlich dann auf sichern Erfolg rechnen können, wenn sie von der Redaktion des betreffenden Blattes, in dem man inserirt, auch durch eine Empfehlung und Besprechung unterstützt werden. Der redaktionelle Teil ist dem Publikum für seine Entschlüsse maßgebend, namentlich wenn das Publikum weiß, daß die Redaktion, wie es bei uns der Fall ist, unbedingt für seine Empfehlungen einsteht. (Diesen Satz muß man behalten!) Wir haben es uns seit Jahren zum Grundsatz gemacht, nach und nach eine Reihe der vornehmsten Firmen in unserm Blatte zu besprechen und zu empfehlen, und wir haben auch dabei an Ihre wertgeschätzte Firma gedacht. Leider ist der Raum so beschränkt, daß wir bei unserm großen Inserentenkreise in erster Reihe nur die Firmen berücksichtigen können, die

auch bei uns anzeigen. Wenn Sie also geneigt sein sollten, uns einen nennenswerten (!) Inseratauftrag zu übermitteln, so wären wir sehr gern zu einer eingehenden kostenlosen redaktionellen Besprechung und Empfehlung bereit, zu der wir uns dann Ihre Unterlagen erbitten. Unser Zeilenpreis beträgt nur usw.“

3. Herbstangebot: Wenn der Herbst naht, dann rüstet sich Alt und Jung für den Winter. Die Kauflust wird reger, und umsichtige Hausfrauen denken sogar schon an die Weihnachtseinkäufe. Da mehren sich dann auch bei uns wieder die Anfragen (wieder gelogen!) nach empfehlenswerten Bezugsquellen aller Art, und weil wir seit Jahren mit Erfolg bemüht sind (das kann man glauben!), unsere Leser mit Rat und That bei ihren Einkäufen zu unterstützen, indem wir einzelne vornehme Firmen in unserer Wochenschrift im redaktionellen Teil besprechen und empfehlen, hat unsere Zeitschrift in dieser Beziehung schon lange eine führende Stellung eingenommen. Da nun die Weihnachtszeit nicht mehr allzu fern ist, haben wir die noch vor dem Feste in Betracht kommenden Besprechungen in Erwägung gezogen und dabei auch an Ihre wertgeschätzte Firma gedacht. Wir sind auf Wunsch zu einer kostenlosen redaktionellen Besprechung gern bereit, wenn Sie auch uns Ihre Inserate, die wir für diese Saison leider noch vermissen, aufgeben wollen. Der Insertionspreis beträgt für die Zeile nur usw.“

4. Winterangebot: „Wenn die Weihnachtsglocken durchs Land klingen, dann mehren sich auch alljährlich die Anfragen aus unserm zahlreichem Leserkreise nach empfehlenswerten Bezugsquellen, und wir sind gern, wie schon seit Jahren, nach Kräften bemüht, unsern Lesern durch Besprechung und Empfehlung der vornehmsten und bestrenommiertesten (!) Firmen im redaktionellen Teil unsers Blattes zu nützen. Wir haben auch dabei an Ihre wertgeschätzte Firma gedacht usw.“ wie früher.

Nicht wahr, das denkt mancher nicht, daß die „redaktionellen Empfehlungen“ so gemacht werden? daß von Zeitungsverlegern so im Lande herumgeschnorrt wird? Und diese Aufforderungen, zu inserieren, sind nicht etwa gedruckt, nein, sie sind fein säuberlich auf Oktavblätter mit der Hand geschrieben.*) Wieviel kostbare Zeit wird doch auf der Welt vergeudet!



Litteratur

Julius Meyers gesammelte Aufsätze. Julius Meyer war eine ungewöhnlich vielseitige Natur. Aber seine Neigungen und Interessen gingen zugleich in die Tiefe. Er hat in einem ziemlich langen und immer thätigen Leben (1830 bis 1893) nicht viel geschrieben; denn er brauchte nicht für Geld zu schreiben, und suchte sich über alles, wovon er schreiben wollte, erst innerlich klar zu werden, was heutzutage bekanntlich manchmal nicht geschieht.

*) Die Originalbriefe haben der Redaktion der Grenzboten vorgelegen.